unter ruffischem Oberbefehl im Osten gebildet werden sollen. Vor solchen Werbungen, die von der Reichsregierung ausdrücklich verboten sind, wird dringend gewarnt werden. Wer sich mit diesen wilden Werbern einläßt, hat alle unangenehmen Folgen, auch etwaige pekuniäre Verluste, sich selbst zuzuschreiben.

* **Mandatsniederlegung.** Wie wir hören, hat das Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, Geh. Regierungsrat Magnus Hoff sein Mandat zur Nationalversammlung infolge starker Inanspruchnahme in anderen Aemtern niedergelegt. Die Frage der Nachfolgerschaft ist noch nicht gelöst. Wie verlautet, dürfte jedoch der in der Dresdner Volkszeitung tätige Redakteur Holzapfel an seine Stelle treten.

* **Brockwitz.** Infolge des Stiches einer Fliege verstarb hier im 30. Lebensjahre der Glasarbeiter Franz Eiselt.

Weinböhla. Der vor kurzem aus dem Kriege wohlbehalten zurückgekehrte Sohn des Wirtschaftsbesitzers Gust. Berger wollte das Pferd seiner Eltern in dem früheren Marschen Steinbruche, der unter Wasser steht, in die Schwemme reiten. Er geriet plötzlich auf eine tiefere Stelle, wo das Pferd den Grund verlor. Reiter und Pferd versanken und fanden beide den Tod. Das Pferd konnte nachmittags geborgen werden, während der unglückliche Berger noch nicht aufzufinden war.

X **Dresden.** Der Urheber des Raubüberfalls im Felsenkellergehölz ist in der Person eines 20 Jahre alten arbeitslosen Klaviermachers festgenommen worden. Zwei weitere Personen, die als Anstifter oder Hehler in Frage kommen, konnten gleichfalls von der Polizei ermittelt und festgenommen werden. Ein Teil des geraubten Geldes wurde wieder herbeigeschafft. — Das Dresdner Arsenal, in dem während des Krieges viele Tausende Arbeiter tätig waren, wird zum 30. September sämtlichen noch dort beschäftigten Arbeitern kündigen. Am 1. Oktober geht das Arsenal vollständig an die Zivilverwaltung über.

Pillnitz. Eine Teppichweberei wird im Pillnitzer Königsschloß eingerichtet. Die Regierung beabsichtigt dort eine künstlerische Teppich- und Gobelin-Handweberei in 10 bis 12 Räumen zu eröffnen. Es werden natürlich nur solche Räume in Anspruch genommen, die nicht der geschichtlichen Erinnerungen wegen unverändert bleiben müssen.

Oppach. Ein 18jähriger Schulknabe fand auf Spremberger Flur einen Pilz im Gewicht von 20 Pfund, den Laubporling oder Eichhasen. Der Pilz wächst in der Nähe alter Eichenstämme, hat angenehmen Geruch und Geschmack und ist genießbar. Der Durchmesser des Pilzes beträgt 72 Zentimeter, der Umfang reichlich 2 Meter. Um ihn fortzutragen zu können, zerlegte ihn der Knabe in ungefähr 20 Teile, füllte den Rucksack und nahm die größten Stücke unter den Arm.

X **Chemnitz.** Die um Chemnitz versammelten Truppen sind Dienstag früh kampflos in die Stadt eingerückt und haben sie besetzt. In einer durch Flieger abgeworfenen Bekanntmachung des Oberbefehlshabers an die Bewohner von Chemnitz und Umgegend heißt es: Nachdem meiner Aufforderung vom 11. d. M. der Waffenablieferung und Wiedereinlieferung der widerrechtlich befreiten Gefangenen bisher nur in gänzlich unzulänglichem Maße entsprochen worden ist, rücke ich zur Durchführung der für die Wiederherstellung dauernder geordneter Verhältnisse nötigen Maßnahmen heute mit den mir unterstellten Truppen in die Stadt ein. Die Bevölkerung ersuche ich, mir Vertrauen zu schenken, die Ruhe zu bewahren, die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen. — Das Ministerium für Militärwesen gibt bekannt: Da die Abmachungen zwischen dem Oberbefehlshaber Chemnitz, der jetzigen Regierung und den Vertretern der 13er Kommission insofern nicht eingehalten worden sind, als ein sehr großer Teil der am 7. und 8. d. M. in die Hände der Aufrührer gefallenen Waffen nicht abgeliefert worden ist, da ferner eine Verfolgung der an den Ereignissen des 7. und 8. August Schuldigen nicht mit dem nötigen Nachdruck erfolgen konnte, ist Dienstag 4 Uhr morgens der Oberbefehlshaber von Chemnitz mit zahlreichen sächsischen und preußischen Truppen in Chemnitz eingerückt und hat die Stadt kampflos besetzt. Es wird von der Einsicht der Chemnitzer Bevölkerung erwartet, daß sie sich der hierdurch geschaffenen Lage weiter in Ruhe fügt und jeder seiner Arbeit nachgeht. Um so schneller wird es dann möglich sein, die Truppen aus Chemnitz wieder zurückzuziehen.

* **Wernsdorf.** Ein vierbeiniger Räuber trieb seit langem in hiesiger Gemeinde sein Unwesen, ohne das er bisher gefaßt werden konnte. Vermutlich handelt es sich um ein Iltispaar mit Jungen. Ueber hundert junge Hühner sind ihm schon zum Opfer gefallen, in einem einzigen Gehöft über 30 Stück. Merkwürdig ist, daß nur selten Blutspuren oder Federn am Tatorte zu finden sind. Wenn es nicht bald gelingt, die Räuber unschädlich zu machen, ist der gesamte Nachwuchs des hiesigen Geflügels in Frage gestellt.

* **Kirchberg.** Ueber Kirche und Arbeiterschaft sprach in einer öffentlichen Volksversammlung Pastor Starke, der der Sozialdemokratischen Partei angehört. Redner forderte die freie Volkskirche mit volkstümlichen Formen und mit Urwahl zur Synode. Die Versammlung, die sich aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten zusammensetzte, stimmte den Ausführungen bei. Der Vortrag hatte den Erfolg, daß die Beteiligung der Arbeiterschaft an der demnächst stattfindenden Kirchenvorstandswahl mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ein Ereignis, das wohl einzig dastehen dürfte. Die Versammlung stellte als Kandidaten zwei Arbeiter und einen sozialistischen Lehrer auf.

Zwickau. Ueber die Beschaffenheit der neuen Kartoffeln, die durch die Stadt in diesen Tagen zur Verteilung gelangten, sind lebhafte Klagen laut geworden. Es ist richtig, daß ein Teil dieser Kartoffeln sehr fleckig, einzelne Knollen überhaupt nicht genießbar sind, so daß mitunter mit einem Abfall von 50 Prozent gerechnet werden muß. Es handelt sich jedoch nur um einen Teil der städtischen Kartoffeln, und zwar um die aus Holland gekommenen Lieferungen. Die holländischen Transporte waren der großen Entfernung wegen zu lange unterwegs. Die Frühkartoffel ist bekanntlich dem Verderben schnell ausgesetzt.

)(**Plauen.** In dem Gebäude der Vogtländischen Maschinenfabrik brach Feuer aus, das einen beträchtlichen Umfang annahm. U. a. sind 10 neue Kraftwagen verbrannt. Der Schaden wird auf 1000000 Mark geschätzt. — Die Taschendiebstähle in den D-Zügen auf der Strecke Leipzig—Hof nehmen neuerdings sehr überhand. In der Sonntagnacht wurden nicht weniger als sechs Reisende um teilweise recht beträchtliche Summen bestohlen, ein Plauener Lebensmittelhändler um 10000 Mark. Offenbar handelt es sich um eine organisierte Verbrecherbande.

)(**Görlitz.** Der „Neue Görlitzer Anzeiger" meldet: Als Dienstag vormittag der Gefangenenhilfsaufseher Max Köhler auf dem Bahnhofe Hennersdorf einen vor etwa einem halben Jahre entsprungenen Verbrecher in Zivilkleidung bemerkte und ihn verfolgte, wurde er von dem Verbrecher durch einen Bauchschuß so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davon kommen dürfte. Der Verbrecher entkam, indem er in die Neiße sprang, diese durchschwamm und in der Richtung nach Ludwigsdorf flüchtete.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Noch keine Kohlenlieferungen an die Entente. Die gestrige Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung" bringt unter der Ueberschrift „Beginn der Kohlenlieferungen an die Entente" eine auch von der gestrigen „A. A. am Mittag" weiter verbreitete Drahtmeldung der Frankfurter Zeitung aus Genf, wonach die Agence Havas der französischen Presse mitteilt, auch die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet begonnen hätten und daß im ersten Monat über die vereinbarte Menge hinaus statt 333000 Tonnen über eine Million Tonnen geliefert würden. — Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, entspricht die französische Pressemeldung nicht den Tatsachen. Bisher ist in den noch schwebenden Verhandlungen über Kohlenlieferungen kein Einvernehmen erzielt worden. Irgend welche Lieferungen sind bis jetzt nicht erfolgt.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten. Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses der Nationalversammlung wird die Vereidigung des Präsidenten Ebert Donnerstag, den 21. August, nachmittags 6 Uhr stattfinden.

Die Räumung des Baltikums. Die deutsche Regierung hat an die Entente folgende Note gerichtet: „Die Räumung Litauens südlich des Niemen hat am 14. August mit dem Abtransport der Reichswehrbrigade 28 in Wilkowisch begonnen. Die geplante Räumung wird voraussichtlich am 21. September beendet sein." — Die Räumung des Gebietes der Brigade Grodno wird am 26. August, die Räumung bis Wirballen am 1. September beendet sein. Die Stadt Wirballen wird am 5. September geräumt. Die Räumung Letlands, Kurlands und Nordlitauen wird sich derart vollziehen, daß nach Beendigung des Abtransports der Brigade Schaulen und der Truppen des Gouvernements Libau am 20. August der Abtransport der Masse des 6. Reservekorps aus der Gegend Mitau und Bauske nach Deutschland beginnt. Die Dauer dieses Abtransports ist auf etwa 25 Tage berechnet. Die Bewegungen der zum Schutz des Abtransports bestimmten Nachhut bei Vreekuln, Mitau, Bauske, Schaulen und Vidawiany werden weitere drei Wochen in Anspruch nehmen.

Die brasilianisch-deutschen Handelsbeziehungen sind, wie Genueser Blätter melden, wieder aufgenommen worden.

Für die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein kommen zahlreiche dort gebürtige und jetzt in andern Teilen Deutschlands wohnenden Personen in Frage, die im Interesse Deutschlands ihre Stimme abgeben können. Es empfiehlt sich, daß alle diese Personen ihre Geburtsurkunden und Taufscheine, und die Frauen auch ihre Heiratsurkunden rechtzeitig beschaffen, damit sie an der Abstimmung teilnehmen können.

Der Reichspräsident für ein Großthüringen. Reichspräsident Ebert stattete vorgestern der Landesregierung in Rudolstadt einen Besuch ab und es wurde hierbei eine Reihe schwebender, insbesondere thüringischer Fragen durchbesprochen, bei denen sich vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten ergab. Insbesondere das tatkräftige Eintreten des Reichspräsidenten für die Schaffung eines Großthüringens löste lebhafte Befriedigung aus.

Die Lage in Oberschlesien. Ueber die Lage bei Kattowitz wird vom 19. August gemeldet, daß der Herd des Aufstandes auf Schoppinitz, Janow und Rischacht beschränkt ist. Kattowitz mit seinen Vororten ist gänzlich ruhig. Auch Myslowitz, wohin sich die kleinen Grenzpostierungen zurückgezogen hatten und wo es den Tag über nach der Schießerei der vergangenen Nacht im allgemeinen ruhig war, ist fest in der Hand der Reichswehrtruppen. Den Aufrührern gelang es, vereinzelte kleine Trupps, die in Ortschaften eingeschlossen waren, nach länger dauerndem Feuergefecht und infolge Munitionsmangels zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Postierungen meuchlings ermordet, so der Führer einer eingesetzten Pionierkompanie, der auf dem Wege nach Imielin einem Hinterhalt zum Opfer fiel. Die Erbitterung der Truppen, die ihre oberschlesische Heimat verteidigen, kennt dem hinterlistigen Feinde gegenüber keine Grenze. Die eingesetzten Teile führten stellenweise ein stundenlanges Feuergefecht mit größter Heftigkeit. Leider wurden auf unserer Seite Offiziere und Mannschaften vermißt. Doch dürften die Verluste der Gegner erheblich höher sein. Mit Hilfe der eingetroffenen Verstärkungen konnte mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Lage im Laufe des gestrigen Tages wiederhergestellt werden würde. — Aus dem Beuthener Aufstandsbezirk wird der „Telegraphen-Union" nachstehendes gemeldet: Montag gegen Abend wurden starke Ansammlungen in der Gegend von Deutsch-Piekra, Godullahütte, Orzegow, Hohenlinde, Schomberg und besonders bei Kuhnamühle nördlich von Kamin gemeldet. Bei Kuhnamühle hielt eine etwa 500 Mann starke Bande, um über Piekra nach Beuthen vorzugehen. Die Truppen des Abschnittes Beuthen nahmen an der Säuberung der Gegend Karf, Friedenshütte, Schlesiengrube, Piasniki und Königshütte teil. Für Beuthen wurde für alle Fälle eine größere Truppennacht bereitgestellt. Die Nacht zum Dienstag verlief verhältnismäßig ruhig. Gegen Morgen wurde ein Teil des Detachements Tillmann des Regiments 63 bei Karf, Beuthen, Piasnitz und in Gegend Schomberg, Orzegow, Godullahütte und Morgenrot eingesetzt, um die dort versammelten Aufständischen zu vertreiben. Abschließende Nachrichten über den Erfolg dieser Unternehmung stehen noch aus. In Beuthen sind beträchtliche Verstärkungen eingetroffen. — Wie der „Telegraphen-Union" berichtet wird, haben sich Aufruhr, Raubzüge und Bandenkämpfe auf das ganze oberschlesische Industriegebiet ausgedehnt. Besonders im Kreise Rybnik kam es zu größeren Zusammenstößen, da andauernd Banden von Aufständischen versuchen, in die Stadt einzudringen. Die Truppen sind zurzeit Herren der Lage. In den Bezirken Beuthen und Kattowitz nimmt der Aufruhr an Stärke zu, während sich der Bezirk Glewitz bisher ruhig verhielt. Die Verhängung des verstärkten Belagerungszustandes hat auf viele ernüchternd gewirkt. Der große Generalstreik ist im Abflauen begriffen. — Der Oberste Rat in Paris nahm am Montag den Bericht über die Streiklage in Schlesien entgegen, welchen er über Warschau erhalten hatte und demzufolge der Streik 70 Prozent aller Unternehmungen umfaßt. Der Streik ist ein Werk von Scharfmachern. Der Rat befaßte sich mit der Festlegung von Mitteln, um die Lage zu bessern. (Siehe auch die Rede des Reichskanzlers Bauer im Bericht über die Nationalversammlung.)

Neutrale Schritte zur Heimsendung der deutschen Gefangenen. Die „Times" melden, daß zwei neutrale Regierungen bei der englischen Regierung Schritte unternommen haben, um die eilige Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen zu erwirken.

Dr. Helfferich an Reichspräsident Ebert. Staatsminister Dr. Helfferich verlangt in einem Schreiben an den Reichspräsidenten Ebert die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gegen sich wegen seiner schweren Anklagen gegen den Finanzminister Erzberger.

Die Forderungen der Entente an Deutschland. „Daily Mail" melden: Die Schadenersatzforderungen der Alliierten an Deutschland sollen von dem Erträgnis der deutschen Vermögensabgabe abhängig gemacht werden. Die Ergebnisse der deutschen Vermögensveranlagung werden für die Alliierten auch die Gesamthöhe der Forderungen an Deutschland bestimmen. — Die „L. N. N." bemerken hierzu: So schmerzlich es auch ist, daß die Entente die Hand auf den Ertrag der Vermögensabgabe legt, ein Gutes würde die Regelung doch haben, weil dann das deutsche Volk nicht mehr eine ungewisse Zukunft vor sich hätte, sondern dann endlich mit bestimmten Zahlen rechnen könnte.

Französische Fragebogen an deutsche Industrien. Wie wir hören, werden von französischer Seite Fragebogen an Industrien im besetzten Gebiet gesandt, die um genauen Aufschluß über Größe und Umfang des Betriebes, Bedarf an Rohprodukten und über die Höhe des Geschäftskapitals ersuchen. Da diese eingehenden Anfragen kaum allein dazu dienen können, das besetzte Gebiet wirtschaftlich zu durchdringen, kann nicht genug vor der Beantwortung dieser Fragebogen gewarnt werden. Die Absicht der Franzosen ist offensichtlich nicht, die deutsche Industrie zu unterstützen, sondern um eine genaue Orientierung der geschäftlichen Lage dieser Industrie zu gewinnen, damit durch Ankauf aussichtsreicher Unternehmungen die Franzosen im besetzten Gebiet möglichst festen Fuß fassen können. Dieser wirtschaftlichen Durchdringung würde dann natürlich im Laufe der Zeit eine verstärkte politische Durchdringung folgen. Die französischen Fragebogen gehen so in die intimsten Verhältnisse der Fabriken ein, wie die Deutschen es im besetzten Belgien und Frankreich nie zu tun gewagt haben, und wie es die deutschen Behörden sich heute nicht einmal bei den deutschen Firmen erlauben dürften.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hielt gestern eine längere Sitzung ab, in der zunächst der Reichsfinanzminister die Vorlage einer neuen Reichsanleihe von neun Milliarden begründet. Der Weg der Aufbringung wurde dabei sehr eingehend behandelt. Von einer freien Anleihe soll im gegenwärtigen Augenblick abgesehen werden, ebenso von einer Zwangsanleihe, da bei einer solchen die Verhältnisse des Einzelnen nicht berücksichtigt werden könnten. Den Vorschlägen einer Anzahl von Bankdirektoren folgend, soll eine Prämienanleihe bis zu 1000 Mark in Abschnitten zu 100 Mark und zwei Prozent Zinsen ausgegeben werden. 100 Mark sollen bis 110 Mark zurückgezahlt und die Anleihe in 30 Jahren getilgt werden. Die Stücke der Prämienanleihe sollen steuerlich begünstigt werden, damit so ein besonderer Vorzug und Anreiz für die neue Anleihe geschaffen wird. Minister Erzberger wünscht weitere Genehmigung von Mitteln für die in Aussicht genommene Beamtenentschuldung (1000 Mark für Verheiratete, 600 Mark für Unverheiratete), und versprach weitere Hilfsmaßnahmen für die Auslandsdeutschen. Der Wiederaufbau der Handelsflotte durch die Reedervereinigung soll gefördert werden. Das Gesetz über den Wiederaufbau der Handelsflotte werde dadurch hinfällig. — Der Entwurf eines Gesetzes über einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 in Höhe von neun Milliarden Mark wurde angenommen mit einem Zusatz, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, eine Prämienanleihe auszugeben, die mit steuerlichen Vorteilen ausgestattet sein kann.

Der Reichskanzler zur Kriegsgefangenenfrage. Der Reichskanzler hat gestern in Gegenwart des Reichsministers des Aeußeren und der Mitglieder des Kabinetts 50 Frauen aus allen Teilen Deutschlands empfangen, die der neue Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Kriegsgefangenen nach Weimar entsandt hat. Durch drei Sprecherinnen brachten die Frauen ihre Bitte an die Reichsregierung vor, vor allem das Verlangen, die Reichsregierung solle auf baldigste Ratifikation des Friedensvertrages durch die Ententemächte hinwirken. Außerdem verlangte der Bund Kenntnis der Gründe, die bis jetzt die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen verhinderten, ferner größte Dringlichkeit der Heimbeförderung der Gefangenen aus Sibirien und eine regelmäßige Berichterstattung in der Presse, um den irreführenden Gerüchten und falschen Nachrichten in der Kriegsgefangenenfrage entgegenzutreten. Der Reichskanzler legte in ausführlichen Darlegungen die Haltung der Regierung in dieser allen Deutschen ohne Rücksicht auf die Parteistellung in gleicher Weise am Herzen liegenden Frage dar. Er betonte das fortwährende Bestreben der Regierung, bei jeder Verhandlung die Forderung nach Heimkehr der Kriegsgefangenen in den Vordergrund zu stellen, und erörterte den parteipolitischen Mißbrauch, der mit dem Schicksal der Kriegsgefangenen getrieben wird. Vor allem sagte er jegliche Unterstützung der Schritte zu, die von den Frauen selbst unternommen werden sollten und versprach die Entsendung einer Frauenkommission nach Versailles zu unterstützen, die sich an Ort und Stelle überzeugen soll, daß tatsächlich von der Regierung jede Möglichkeit ausgenutzt worden sei, und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die deutsche Kriegsgefangenen-Kommission in Versailles bisher nicht zu Verhandlungen gekommen sei. Der Minister des Aeußeren schloß sich der Versicherung des Reichskanzlers mit allem Nachdruck an. Die Abordnung verabschiedete sich mit mehrfach wiederholtem Dank und lebhafter Zustimmung zur Bitte des Reichskanzlers, nunmehr gegen die falschen Gerüchte und Verhetzungen eingehend aufzutreten.

Deutsch-Oesterreich.

Die westungarische Frage. Die Parlamentskorrespondenz veröffentlicht folgendes Telegramm der deutschen Gemeinden des Eisenburger Komitats an die Ententekommission in Wien: Am heutigen Tage hat sich die Bevölkerung der an die Steyermark angrenzenden Teile Westungarns in zahlreichen Massenversammlungen für die Zugehörigkeit zu Steyermark entschieden. Die öffentlichen Kundgebungen des Volkswillens verliefen allenthalben in Ruhe und Würde. Trotzdem hat die magyarische Gewaltherrschaft Anlaß genommen, diese Volksversammlungen, die nur den Beschluß der Alliierten in die Wirklichkeit umsetzten, in der brutalsten Weise zu stören. In Raab und Mödisch haben magyarische Söldner auf Frauen und Greise gefeuert. Angesichts des vergossenen Blutes erheben wir feierlich Protest und richten an die Mission die Bitte, die eheste Besetzung des Landes durch deutsch-österreichische Sicherheitsorgane anzuordnen. — Der Parlamentskorrespondenz zufolge, sprach gestern eine Abordnung von Deutschwestungarn bei verschiedenen staatlichen Stellen in Wien vor. Die Abordnung, die aus Vertretern von Gemeinden, Arbeiter- und Bauernorganisationen der Komitate Oedenburg und Wieselburg bestand, sprach die Bitte aus, es möge im Sinne des Entschlusses der alliierten Mächte Deutschwestungarn von deutschösterreichischen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung besetzt werden. — Nach einer Mitteilung des Wiener Telegr.-Korr.-Büros besprach der Hauptausschuß in einer Sitzung, an der Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, die westungarische Frage. Der Hauptausschuß beschloß einstimmig, die Note des Staatskanzlers Renner vom 14. August 1919, in der er den Obersten Rat der Verbündeten ersuchte, einer Besetzung Westungarns durch deutschösterreichische Sicherheitsorgane zuzustimmen, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. — Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Oesterreich kann trotz des Widerstandes der derzeitigen ungarischen Regierung, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, als durchaus gesichert gelten. Nach dem Vorfriedensvertrag vom 20. Juli steht es heute schon unzweifelhaft fest, daß die drei Komitate Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg unbedingt zu Deutsch-Oesterreich kommen und daß die Volksabstimmung in diesen drei Komitaten unter neutraler Kontrolle erfolgen wird, daß also keinesfalls magyarisches Militär diese Volksabstimmung zu leiten habe.

Ungarn.

Die Regierungskrise. In Ententekreisen wird darauf hingewiesen, daß nur der Rücktritt des Erzherzogs Joseph von der Regierung eine gedeihliche Lösung der ungarischen Frage ermöglichen würde. Ein gewaltsames Eingreifen gegen Erzherzog Joseph hält die Entente allerdings nicht für angängig, da sie auf dem Standpunkte steht, sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht einzumischen. Sie wird daher auch nicht mit der Wiederverhängung der Blokkade gegenüber Ungarn vorgehen. Andererseits verlangt jedoch die Entente eine derartige Regierung, durch welche der Wille der ganzen Nation zum Ausdruck gebracht wird, also den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung, welche hierzu durch die Haltung ihrer Partei ausdrücklich legitimiert erscheinen, solange nicht ein derartiges Kabinett